

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Chinesische Handelsdelegation in der BRD, Warenaustauschgespräche

Eine chinesische Handelsdelegation besuchte Mitte Juni die Bundesrepublik Deutschland. Während des Besuchs fand am 10. und 11. Juni in Bonn auf der Grundlage des chinesisch-westdeutschen Handels- und Zahlungsabkommens vom 5. Juli 1973 die erste Tagung der chinesisch-westdeutschen Gemischten Kommission statt. Die Delegationen der beiden Länder führten einen Meinungsaustausch über Fragen des Güteraustausches. Beide Seiten stellten mit Befriedigung die günstige Entwicklung des Güteraustausches im vergangenen Jahr fest. Beide Seiten äußerten den Wunsch, den Meinungsaustausch zu gegebener Zeit fortzusetzen. (NCNA, 19.6.74).

Im Bulletin der Bundesregierung vom 13. Juni wurde zu diesem Besuch folgender Kommentar des Auswärtigen Amtes veröffentlicht: "Am 10. und 11. Juni 1974 fand in Bonn auf der Grundlage des Abkommens über den Handels- und Zahlungsverkehr mit der VR China vom 5. Juli 1973 die erste Tagung der deutsch-chinesischen Gemischten Kommission statt. Die chinesische Delegation wurde von dem Stellv. Direktor im Außenhandelsministerium, Sun So-chang, geleitet. Vorsitzender der deutschen Delegation war Botschafter Dr. Hermes vom Auswärtigen Amt.

Die Delegationen führten einen fruchtbaren Meinungsaustausch über die mit dem Warenverkehr zwischen beiden Ländern zusammenhängenden Fragen. Sie stellten mit Genugtuung fest, daß der Warenaustausch im Jahre 1973 das bisher größte Volumen erreichte, und sie äußerten die Hoffnungen, daß das Jahr 1974 gleichermaßen günstig verläuft. Im Hinblick auf das anhaltende chinesische Defizit der Handelsbilanz sahen beide Seiten eine Förderung der chinesischen Exporte als wichtig an. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß auf deutscher Seite bereits über 90% aller Warenpositionen liberalisiert sind Die chinesische Delegation führt im Anschluß an die Gespräche in Bonn zwischen dem 12. und 18. Juni 1974 ein Besichtigungsprogramm durch, das den Besuch mehrerer Firmen in der Bundesrepublik Deutschland einschließt."

(2) Weitere Wirtschaftsdelegation

Zu einem vierwöchigen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland ist am 9. Juni eine Wirtschaftsdelegation aus der VR China in Frankfurt am Main eingetroffen. Die Delegation steht unter der Leitung des Stellv. Ministers für Brennstoffe und Chemische Industrie, Hsü Ching-chiang. Die Wirtschaftsdelegation reist auf Einladung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry durch die Bundesrepublik. Auf dem Programm stehen Firmenbesuche bei der chemischen kohleverarbeitenden Industrie. Am 24.6. fand ein Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Hans Friederichs in Bonn statt.

(3) Berichte über die Bundesrepublik:

- a) "Französischer Präsident und westdeutscher Bundeskanzler entschlossen, westeuropäische Einigung voranzutreiben" (NCNA, 2.6.74).
- b) "Amerikanischer und westdeutscher Verteidigungsminister für Verstärkung der konventionellen Rüstung der NATO" (NCNA, 3.6.74).
- c) "Kundgebungen gegen Preissteigerung in Westdeutschland" (NCNA, 2.6.74: Berichtet wird über die "Protestkundgebungen und Versammlungen der Bürger von Frankfurt gegen die Erhöhung der Fahrtkosten in öffentlichen Verkehrsmitteln und "gegen die Unterdrückung der Demonstranten durch die Polizei").

(4) Moskau protestiert gegen Einladungen an CDU/CSU-Politiker aus China

Auf scharfe Kritik der Sowjetunion sind Einladungen Peking an den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl und den CSU-Vorsitzenden Franz Joseph Strauß zu offiziellen Besuchen in China gestoßen. In einem am 6. Juni von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Kommentar hieß es, die Einladungen entsprächen der "maoistischen" Umorientierung Chinas zugunsten eines starken Europas als Gegengewicht zur Sowjetunion. Die Tatsache, daß zuvor bereits der konservative britische Oppositionsführer Edward Heath China besucht habe, erlaube keine Zweifel daran, daß China die Konservativen zur Schaffung einer "vereinten antisowjetischen Front" in Europa einspannen wolle. Peking erinnere sich sehr wohl an die Strauß-Worte, daß für die Europäer die "Rote Gefahr" nicht von China, sondern von der Sowjetunion ausgehe. Die chinesische Führung wolle den "Antikommunismus" und "Antisowjetismus" der reaktionären westlichen Politiker zu ihrem Vorteil ausnutzen. Die genannten westlichen Politiker ihrerseits nützten gern die Gelegenheit, aus dem Antisowjetismus der Maoisten Vorteile für sich herauszuschlagen. In Verfolgung seiner Großmachtziele gehe Peking gewissenlose Bündnisse, selbst mit den reaktionärsten Kräften, ein.

Die Einladung von Franz Josef Strauß nach China ist nach Auskunft der Chinesischen Botschaft in Bonn eine sowjetische Erfindung.

WESTEUROPA

(5) Peking verweigert einem französischen kommunistischen Parlamentarier das Einreisevisum

Die VR China hat einem kommunistischen Abgeordneten in der Französischen Nationalversammlung, der als Mitglied einer Parlamentarier-Delegation China besuchen wollte, das Einreisevisum verweigert. Ein Sprecher der KP Frankreichs erklärte in Paris, die chinesische Botschaft habe das Visum für Henri Fiszben mit der Begründung abgelehnt, er sei Mitglied der prosowjetischen KPF, die in den vergangenen Jahren wiederholt die Politik Chinas kritisiert habe (Le Monde, 1.6.74).

(6) Maoistenführer in Lissabon verhaftet

Der Führer der maoistisch ausgerichteten proletarischen Partei Portugals, Luis Saldanha Sanches (Alter: 33 Jahre, Führer der "Bewegung für die Reorganisation der Proletarischen Partei" und Herausgeber der neuen Wochenzeitung "Luta Popular" ("Volkskampf"),) ist von der Militärpolizei in Lissabon verhaftet worden. Über die Gründe der Verhaftung wurde nichts bekannt.

(7) Ausbeutung der "Fremdarbeiter" in Westeuropa

"In Westeuropa gibt es insgesamt 7,5 Mio. Fremdarbeiter, die vielen nicht registrierten Ausländer gar nicht mitgezählt. Sie kommen aus europäischen Ländern wie Griechenland, Portugal und Italien sowie aus asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern und Gebieten... Die öffentlichen Gesundheitszentren in Großbritannien wären ohne die Krankenschwestern von den Westindischen Inseln gar nicht mehr denkbar... In der BRD gäbe es ohne Fremdarbeiter eine große Krise... Und in Belgien sind die Hälfte der Bergarbeiter Ausländer. Die Fremdarbeiter haben die schwersten Arbeiten zu verrichten, bekommen jedoch niedrige Löhne... In der BRD liegen die Löhne der ausländischen Mechaniker 20% unter denen der deutschen Arbeiter. ... Wo es Unterdrückung gibt, gibt es Kampf. Die Fremdarbeiter erwachen in Westeuropa von Tag zu Tag. Immer mehr von ihnen haben sich erhoben zum Kampf für die Erlangung und den Schutz ihrer Rechte. 1973 nahmen sie mehrmals an großen Streiks zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen teil und demonstrierten so ihren Kampfgeist." (PRu 1974 Nr.20, S.31 f.).

SOWJETUNION

(8) Außenpolitischer Passus der Rede Breschnews auf einer Wahlversammlung im Kongreßpalast des Kreml

"Die Führung der VR China handelt den allgemeinen positiven Fortschritten auf der internationalen Bühne zuwider. Sie schürt den militaristischen und chauvinistischen Rausch im Innern des Landes und hat ihre Außenpolitik den Aufgaben des Kampfes gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder sowie den Versuchen, die Entspannung zu torpedieren, untergeordnet. In letzter Zeit kam es bis zur offenen Blockbildung der Führung der VR China mit den Vertretern der äußersten Reaktion, der chilenischen Junta, den Führern des rechten Flügels der imperialistischen Bourgeoisie Englands, der Bundesrepublik Deutschland, der USA und anderer Länder. Diese Fakten enthüllen besser als Worte das wahre Wesen der Politik Pekings. Was unsere Beziehungen zu China betrifft, so werden wir natürlich auch in Zukunft der antisowjetischen Verleumdung entgegengetreten und kategorisch die Interessen unseres Staates, unsere Sicherheit verteidigen. Gleichzeitig bleiben wir Anhänger einer Normalisierung der Beziehungen zu China, der Wiederherstellung der Freundschaft mit dem großen chinesischen Volk auf der verlässlichen Grundlage des proletarischen Internationalismus. Also, mit einem Wort, auch

in dieser wichtigen Frage werden wir konsequent die Linie des XXIV. Parteitagess der KPdSU befolgen" (Radio Moskau, russisch, 14.6.74).

(9) Wieder Grenzverhandlungen in Peking

Der Stellv. sowjetische Außenminister Leonid Iljitschew ist wieder in Peking eingetroffen. Damit wurde deutlich, daß die im Juli 1973 abgebrochenen Verhandlungen über den Verlauf der sowjetisch-chinesischen Grenze vermutlich bald wiederaufgenommen werden sollen. Iljitschew sollte bereits im Januar nach Peking reisen, doch war ihm damals einen Tag vor dem vereinbarten Termin von der chinesischen Botschaft in Moskau bedeutet worden, daß sein Besuch im Augenblick nicht erwünscht sei (Näheres dazu vgl. Thema Oskar Weggel: 'Die wiederaufgenommenen chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen' in diesem Heft.)

(10) Größerer Handel Peking-Moskau

Das zwischen China und der Sowjetunion im Mai unterzeichnete Handelsabkommen für 1974 (Näheres dazu C.a. 1974/6 Ü 14) sieht einen Warenaustausch im Umfang von 226 Mio. Rubel vor, etwa 12,3% mehr als im Jahr zuvor. Auch sollen nach dem Abkommen die Preise und Artikel im bilateralen Handel gegenüber 1973 unverändert bleiben. Die sowjetischen Warenlieferungen an China bestehen zu 80% aus Maschinen- und Ausrüstungen, davon wiederum 30% Ersatzteile. Im allgemeinen sind diese Teile für Maschinen bestimmt, die die Sowjetunion den Chinesen noch während der sino-sowjetischen Flitterwochen geliefert hat.

Zu den Handelsvolumina in den letzten Jahren vgl. die Zahlenangaben in C.a. 1973/9 Ü 68).

(11) Weitere sino-sowjetische Verdüsterung

Der sowjetische Starjournalist Viktor Louis schrieb in einem Exklusivbericht des Pariser Abendblattes "France Soir", daß in der sowjetischen Hauptstadt eine "düstere, gewittrige Atmosphäre" herrsche, die nichts Gutes verheiße. Besonders provoziert fühle sich die Sowjetunion durch die Festnahme der drei russischen Hubschrauberpiloten, die trotz mehrmaliger ernsthafter Warnungen von den Behörden Chinas immer noch nicht entlassen worden seien.

Der Journalist glaubt, daß zahlreiche Verantwortliche in Moskau jetzt mit einem öffentlichen Prozeß gegen die drei Piloten rechnen, nach dem Muster etwa jenes Moskauer Verfahrens, das in den fünfziger Jahren gegen den amerikanischen U2-Piloten Francis Powers angestellt worden war. Die drei Piloten würden z.Zt. in "fahrbaren Käfigen" von Stadt zu Stadt herumgezeigt.

Auch habe die chinesische Presse nach Untersuchungen des Moskauer Sinologen Oleg Borisow im letzten Jahr 900 anti-sowjetische Artikel veröffentlicht, also das Doppelte der Zahl des Vorjahres. Ferner sei ein erbitterter Funkkrieg zwischen beiden Ländern ausgebrochen.

Sino-sowjetische Polemik

(12) Neues sowjetisches Buch über die Außenpolitik Chinas

Der Mysl-Verlag hat eine zweibändige Monographie mit dem Titel 'Außenpolitik und internationale Beziehungen der Chinesischen Volksrepublik (1949 - 1963)' in russischer Sprache veröffentlicht. Das zweibändige Werk analysiert die Außenpolitik der VR China, ihre internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten aller Kontinente in den Jahren 1949 - 1963. Diese Probleme werden anhand des Standpunktes dargestellt, wie die chinesische Führung die sozialistischen Prinzipien der von der Regierung der VR China im Jahre 1949 verkündeten Außenpolitik erfüllt, oder aber, wie sie sie aus sowjetischer Sicht verletzt hat. Die Monographie wurde von Experten des Fernost-Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zur Veröffentlichung ausgearbeitet (Tass englisch, 25.6.74).

(13) Chronologie der sowjetischen Eskalation im Indischen Ozean

Zu diesem Thema Hsinhua (NCNA, 8. und 9. Juni 1974): "Jedermann weiß, daß die alten Zaren einst eifrig 'die Nutzung jeder Gelegenheit' befürworteten, 'Zugang zum Indischen Ozean zu erhalten und eisfreie Häfen in südlichen Gewässern' an sich zu bringen. Vor 1963 gab es jahrzehntelang kaum irgendeine sowjetische Marinestreitmacht im Indischen Ozean..... Doch dann begannen Breschnew und seine Anhänger, nicht nur in die Fußstapfen der alten Zaren zu treten, sondern entwickelten sogar noch mehr Ehrgeiz als ihre Vorgänger. Sehen Sie sich bitte folgende Fakten an: Im Jahre 1964 nahmen die Sowjetrevisionisten unter der Bezeichnung 'Hilfe' in einigen an den Indischen Ozean angrenzenden Ländern ihre Tätigkeiten auf, um dort das Recht zu erhalten, Häfen und Militärstützpunkte zu benutzen.

Von 1965 bis 1967 drangen Kriegsschiffe der Sowjetrevisionisten unter dem Vorwand von "Besuchen" in den Indischen Ozean ein, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die britische Regierung gerade den Rückzug ihrer Truppen östlich des Suez-Kanals bekanntgegeben und die USA sich unerklärlicherweise in ihren Aggressionskrieg in Vietnam verwickelt hatten.

Im Jahre 1968 errichteten die Sowjetrevisionisten offiziell ihre indische Ozeanflotte und begannen nun - zum erstenmal in der Geschichte der Sowjetunion -, eine Flotte im Indik zu stationieren.

Im Jahre 1970 manövierten gewöhnlich 15 - 20 Kriegsschiffe der Sowjetflotte im Indischen Ozean, hauptsächlich in ostafrikanischen Gewässern, im Roten Meer und am Persischen Golf (Arabischer Golf). Im April und Mai jenes Jahres beteiligte sich diese Flotte an einem globalen Seemanöver unter dem Decknamen 'Meere und Ozeane' in verschiedenen Ozeanen der ganzen Welt. Sowjetische Marinehauptlinge erklärten offen, daß dieses Manöver 'offensiver Natur' sei.

Von November bis Dezember 1971 halfen und unterstützten die sowjetischen Revisionisten Indien, um Pakistan gewaltsam zu zerstückeln. Während dieser Zeit erhöhte die Sowjetunion ihre Kriegsschiffe im Indik auf ungefähr 30. Darüber hinaus fuhren Kreuzer und andere Schiffe der so-

wjetischen Pazifik-Flotte in den Golf von Bengalen durch die Straße von Malakka ein, um dem Einlaufen des US-Flugzeugträgers "Enterprise" und der 7. Flotte in diesem Golf 'entgegenzuwirken'.

Nach dem indisch-pakistanischen Krieg und insbesondere nach dem Nahost-Krieg im Oktober 1973 erhöhte die Sowjetunion ihre Marinestärke weiter und begann mit noch tollerem Aktivitäten im Indischen Ozean. Im April dieses Jahres drang eine Sowjetflotte mit dem Kreuzer 'Sinjawn' tief in das Innere des Persischen Golfes (des Arabischen Golfes) ein, um gewisse Golfländer einzuschüchtern.

Tass versucht, das Hegemoniebestreben der Sowjetrevisionisten im Indischen Ozean mit dem 'Prinzip der Freiheit der Schifffahrt auf offener See' zu rechtfertigen.....".

(14) Ausbeutung durch "wirtschaftliche Integration"

Zu diesem Thema NCNA, 28.5.74: Die Mitgliedsländer des COMECON müssen ihre Wirtschaft mit Hilfe des sowjetischen Revisionismus umordnen und sie mit den Volkswirtschaftsplänen der Sowjetunion koordinieren. Die DDR beispielsweise habe ihre traditionelle Traktoren- und Flugzeugproduktion einstellen müssen. Die photochemische Industrie der DDR, eine ihrer "Kostbarkeiten", stehe unter der Kontrolle der sowjetisch-deutschen "Gemeinsamen Organisation der photochemischen Industrie" in Moskau. Auf diese Weise sei die Volkswirtschaft eines Landes von den Produktionsmitteln bis hin zu den Erzeugnissen völlig "integriert" in die sowjetische Wirtschaft und würde so zu deren Anhängsel. In der CSSR würden die Uran-Minen von den Sowjet-Revisionisten kontrolliert und ausgeplündert. Die Tschechen hätten bei der Uranerzeugung in ihrem Lande nicht einmal ein Mitspracherecht.

LATEINAMERIKA

(15) Entwicklungshilfe in Peru

Wie in Lima offiziell verlautet, wird die VR China im Rahmen eines 1971 unterzeichneten Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit an der Nordküste Perus ein Bewässerungsprojekt finanzieren und durchführen. Nach den Bestimmungen dieses Abkommens, das Peru im April 1972 ratifiziert hat, wird die VR China dem Andenstaat ein Darlehen in Höhe von 17 Mio. Pfund Sterling gewähren, das ab 1982 zurückzahlen ist. Chinesische Experten wählten das Chimbote-Projekt zur Realisierung des Abkommens. Einige Techniker haben die Arbeit bereits aufgenommen. Das Projekt sieht vor, daß das Wasser des Santa-Flusses abgeleitet werden soll, um neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu schaffen (Prensa Latina vom 23.5.74, abgedruckt in MD Lateinamerika vom 29.5.74, S.7).

(16) Diplomatische Beziehungen mit Trinidad und Tobago

Aufgrund eines Kommuniqués vom 21.6.1974 (NCNA, 21.6.) haben die Regierungen der VR China und von Trinidad und Tobago beschlossen, ab 21.6.74 die diplomatischen Beziehungen auf Botschaferebene aufzunehmen.

Nach Jamaika ist dies der zweite Staat im karibischen Raum - wenn man von Guyana absieht -, mit dem Peking nun diplomatische Beziehungen unterhält.

AFRIKA

(17) Weitere bedeutsame Hilfe Chinas für Tansania

Der Staatsbesuch des Präsidenten Nyerere in der VR China (dazu Näheres C.a.1974/5, Ü 22), in dessen Verlauf ein Abkommen unterzeichnet wurde, das für die wirtschaftliche und technische Entwicklung in Tansania einmal ähnliche Bedeutung erlangen könnte wie der Bau der Tanzam-Bahn, wird in Dar-Es-Salaam als voller Erfolg gewertet. Auf einer Pressekonferenz erläuterte Außenminister Malecala, der Nyerere begleitet hatte, Einzelheiten der in Peking getroffenen Vereinbarungen. Danach gewährt Peking Tansania einen zinslosen Kredit in Höhe von 525 Mi. TSh zur Errichtung von Berg- und Hüttenwerken im Süden Tansanias. Der Kredit ist rückzahlbar in zehn gleichen Jahresraten, beginnend 1984. Mit chinesischer Hilfe soll die Ausbeutung verschiedener Eisenerzlager und Kohlevorkommen in Angriff genommen werden. Die in Angriff genommenen Gruben liegen nahe der Tansania-Zambia-Eisenbahn und werden insofern voll in die neue Infrastruktur des Landes einbezogen (BfA /NfA, 7.6.74).

(18) Wird die Tansania-Zambia-Bahn zu einem "Ladenhüter"?

Die von China in Rekordzeit vorangetriebene Tanzam-Bahn (Näheres dazu C.a.1973/10, Ü 39 mit Karte!) könnte möglicherweise an Bedeutung verlieren, falls die Hafenbehörden Tansanias weiterhin auf ihren hohen Frachturnschlags- und Lagertarifen bestehen. Für Zambia ist es inzwischen weitaus rentabler geworden, sein Kupfer nicht mehr über die Tanzam-Bahn an die Ostküste zu bringen, sondern es, wie schon früher, wieder an die westafrikanische Küste zu verfrachten und es dort im angolanischen Hafen von Benguela zu verschiffen. Seit Januar 1973, als der Transitverkehr über Rhodesien gestoppt worden war, hatte Zambia seine Kupferfracht zum Teil über die Benguela-Bahn, d.h. über Zaire zum Angola-Hafen, und durch Malawi nach Portugiesisch-Mozambique verbracht. Immer mehr Waren aber waren, je weiter die Tanzam-Bahn vorschritt, über Dar-Es-Salaam verschifft worden. Kupfer wurde auf LKW's zum fertiggestellten Teilstück der durch die Chinesen konstruierten Uhuru-("Freiheits")-Bahn gebracht und dort umgeladen oder direkt auf riesigen Muldentransportlastern aus dem Kupfergürtel nach Dar-Es-Salaam oder Mombasa in Kenya verfrachtet. Immer schon waren die Gebühren in den ostafrikanischen Häfen dreimal so hoch gewesen wie im westafrikanischen Benguela. In der Zwischenzeit sei dieses Verhältnis sogar auf 1241% hochgetrieben worden (Spiegel, 10.6.74). Kenyas "Daily Nation" gab unter diesen Umständen zur Tanzam-Bahn folgenden Kommentar: "Sie könnte einer der teuersten Ladenhüter der Geschichte werden".

(19) Ausbildung für "Angola"-Befreiungsarmee

Die ersten 112 Militär-Instruktoren aus China trafen am 2. Juni in Kinshasa/Zaire ein, um die "Befreiungsarmee für Angola" auszubilden. Diese Ausbildungsarbeit werde, wie Zaire Press Agency berichtete, zusammen mit 100 zairischen Fallschirmjägerausbildern durchgeführt werden. Die Stärke der angolanischen Guerillakämpfer soll auf 15.000 Mann angehoben werden, die zu zwei Dritteln von China und zu einem Drittel von Zaire ausgerüstet werden. Die Ausbildung erfolgt auf dem zairischen Militärstützpunkt Kikunzu (IHT, 3.6.74).

Zur Zusammenarbeit zwischen China und Zaire vgl. C.a. 1973/2, Ü 15; 1973/3, Ü 24; 1974/6, Ü 26.

ASIEN

(20) Keine Einwände mehr gegen Bangla Deshs Aufnahme in die UNO

Wie der Chef der Bangla-Desh-Beobachtungsmission in New York, Karim, inzwischen mitteilte, ist es mit der chinesischen Delegation im April zu einer Abmachung gekommen, daß Peking der Aufnahme Daccas in die UNO nicht mehr widersprechen wird (IHT, 1.6.74). Vor allem, nachdem die Regierung Pakistans beschlossen hat, mit Bangla Desh normale Beziehungen aufzunehmen, war ja auch das wichtigste Hindernis für ein weiteres Veto Chinas gefallen.

(21) Chittagong als sowjetische Basis?

"Die Sowjetrevisionisten haben nach ihrer Unterstützung Indiens bei der Zerstückelung Pakistans durch Waffengewalt vor über 2 Jahren eilig ein riesiges Rettungsaufgebot in den Hafen von Bangla Desh, Chittagong, entsandt. Unter dem Vorwand der Bergung von Schiffen und einer Freilegung des Hafens entfaltete dieses Team eine ungehinderte Aktivität im Gebiet von Chittagong. Die Wohnquartiere der sowjetischen 'Fachleute' wurden von bewaffneten sowjetischen Posten so bewacht, als handle es sich um eine geheimnisumwitterte, verbotene Zone. Bei der Instandsetzung von Chittagong handelt es sich um eine Arbeit, die nur einige Monate in Anspruch nimmt. Die Sowjetrevisionisten verlängerten diese Frist jedoch immer aufs neue, und die Operation hat sich nun über 2 Jahre lang hingezogen. Zu Recht bemerkte die Wochenzeitung "Holiday", daß 'Bangla Desh so gut in die Pläne der Sowjetunion paßt, daß sie in unserem Lande die wirtschaftliche wie auch die strategische Kontrolle anstrebt'".

"Es ist ein gebräuchlicher Trick der Sowjetrevisionisten, unter der Bezeichnung 'Hilfe' die Expansion voranzutreiben. Nun haben sie versucht, ihr Fernziel zu erreichen, indem sie durch 'Trödeln' Zeit herauschinden Das Volk von Bangla Desh hat in dem Verhalten der Rettungsmannschaft der Sowjetrevisionisten in Chittagong weder Freundschaft noch Zusammenarbeit feststellen können" (NCNA, 16.6.74).

(22) Verhältnis zum Himalaya-Königreich Bhutan

Hsinhua (NCNA, 7.6.74) gibt eine Erklärung des bhutanischen Königs vom 6. Juni anlässlich einer Journalistenkonferenz wieder, in der der König betonte, Bhutan brauche vor allen Dingen Selbstvertrauen und die Erhaltung der Souveränität und Unabhängigkeit. "Auf die Frage zu den Beziehungen Bhutans mit China sagte der König, die Haltung Chinas gegenüber Bhutan sei bislang freundlich gewesen. Es gebe noch einige Gebiete an der Grenze zwischen den beiden Ländern, die noch nicht markiert seien, aber das habe zu keinem Problem geführt, betonte er und fügte hinzu, Bhutans Beziehungen zu China 'waren immer friedlich'".

Der Bericht der Hsinhua ist offensichtlich affirmativ gemeint. Bhutan ist ähnlich wie Nepal und Sikkim eingespannt zwischen den beiden asiatischen Kolossen Indien und China. China reguliert das Maß seiner Freundlichkeit je nach den Bemühungen dieser Länder, von Indien Distanz zu halten. (Vgl. dazu das Thema Bhutan im nächsten Heft).

(23) Peking zu den vier Nordkurilen-Inseln

Unter der Überschrift "Gerechter Kampf des japanischen Volkes um die Rückgabe der vier nördlichen Inseln" beschäftigt sich JMJP am 21. Juni mit den vier Kurilen-Inseln, die am Ende des Zweiten Weltkriegs von der Sowjetunion besetzt worden sind: "Wie allen bekannt ist, haben die sowjetischen Revisionisten seit langem die vier nördlichen Inseln zu Militärstützpunkten für die sowjetische Expansion im Pazifik, für einen intensivierten Wettbewerb mit dem US-Imperialismus und für die Bedrohung Japans gemacht. Indem der sowjetische Sozialimperialismus die vier nördlichen Inseln als Bollwerk in das System der anderen Militärstützpunkte in Fernost einordnet, schafft er mit verdoppelten Anstrengungen Spannungen, indem er aus den Gewässern und dem Luftraum nahe dem Japanischen Meer ein Inferno macht". Die japanische Regierung sei wegen der Rückgabe der nördlichen Territorien bei der Sowjetregierung schon mehrfach vorstellig geworden. Erst kürzlich habe Ministerpräsident Tanaka erklärt: "Solange die Sowjetunion die nördlichen Territorien nicht zurückgibt, werden keine Verhandlungen über den Abschluß eines sowjetisch-japanischen Friedensvertrags beginnen".

Die Besetzung der nördlichen Territorien Japans gebe den Japanern die Möglichkeit, die wahren Züge des sowjetischen Sozialimperialismus zu erkennen.

Zum Kurilen-Problem vgl. auch C.a. 1972/8 S.30 ff.

(24) Malakka-Straße

Im Zusammenhang mit der Malakka-Straße brachte Hsinhua (NCNA, 15.6.74) einen Kommentar, der die Äußerungen des malaysischen Justizministers Abdul Kadir beifällig wiederholte:

"Gemäß der von Malaysia und einigen anderen Staaten gemachten Vorschläge über die 12-Meilen-Grenze territorialer Gewässer, liegt die Straße von Malakka in den Hoheits-

gewässern Malaysias und Indonesiens. Daher darf das Recht zur freien Durchfahrt nur harmlosen Schiffen gewährt werden Freie Durchfahrt ist zu definieren als 'eine Passage, die nicht den Frieden, die Ordnung und die Sicherheit' der Anliegerstaaten gefährdet. Es besteht also kein Problem, sofern nichtmilitärische Schiffe die Passage verlangen. Kriegsschiffe hingegen müssen die Erlaubnis der Anliegerstaaten einholen". Diese Hinweise seien wichtig, da "einige Seemächte, insbesondere die Sowjetunion, das Recht der freien Durchfahrt durch die Straße von Malakka gefordert hätten". (NCNA, 15.6.74)

(25) "Ausplünderung der mongolischen Bodenschätze durch die Sowjetrevisionisten"

Vor 10 Jahren wurden in Erdenedin-Oboo (dies bedeutet "Schatzberg" in der mongolischen Sprache), in der Provinz Bulgan (Nordmongolei) Kupfer-Molybdän-Minen entdeckt, und zwar durch Schürfungsteams, die sich aus mongolischen und tschechischen Geologen rekrutierten. Man schätzt, daß diese Minen zu den größten Kupfervorräten der Welt mit Molybdän gehören. "Unmittelbar nach der Entdeckung dieses Schatzberges drängten die gierigen Sowjetrevisionisten die Tschechoslowakei beiseite und traten an deren Stelle. Im Jahre 1970 erhielten sie durch "Gespräche" mit der Mongolei das Recht, in diesem Gebiet zu schürfen. Im Jahre 1973 unterzeichnete eine von sowjetrevisionistischen Stellen entsandte Regierungsdelegation mit der Mongolei Vereinbarungen über 'wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bei der Ausbeutung der Kupfer-Molybdän-Mine in Erdenedin-Oboo und über die Errichtung eines 'mongolisch-sowjetischen gemeinsamen Erzbergwerks' zwecks Förderung der Bodenschätze von großem wirtschaftlichem Wert.

Aufgrund der 'Kooperations'-Bedingungen, die die Sowjetrevisionisten der Mongolei auferlegten, besitzt die Sowjetunion 49% der Aktien dieser 'gemeinsamen Bergwerks-AG' und die Mongolei 51%. Da aber die Mongolei für ihre Investitionen hohe sowjetische Anleihen benötigt, werden alle Anteile letzten Endes doch von den Sowjetrevisionisten kontrolliert und das Werk damit zu ihrem Monopol. Darüber hinaus haben die Sowjetrevisionisten für das Bergwerk eine 300 km lange Hochspannungsleitung geplant, die sich direkt von der Mine bis auf sowjetisches Gebiet erstreckt und von dort mit Wärmekraftwerken im Trans-Baikal-Gebiet Sibiriens verbunden wird, wodurch die Energieversorgung des Bergwerks unter weitere sowjetische Kontrolle geraten ist Ausländische Diplomaten der Mongolei enthüllten die Tatsache, daß die sowjetischen Anleihen für den Ausbau des Bergwerks von der Mongolei innerhalb von 20 Jahren mit Bergwerkserzeugnissen zurückbezahlt werden sollen" (NCNA, 23.6.74).

(26) Im Notfall chinesische Nuklearhilfe für Pakistan

Am 26. Juni gab ein Sprecher des pakistanischen Außenministeriums bekannt, daß die Chinesen "volle und entschlossene Unterstützung für Pakistan bei seinem gerechten Kampf zur Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit"

gigkeit und Souveränität gegen Aggressionen und Einmischungen von außen leisten wird, und zwar auch gegen nukleare Drohungen und gegen nukleare Erpressung“.

Dies war die erste offizielle Erklärung dieser Art seit Agha Shahi, der pakistanische Außenminister, im Gefolge des indischen Nukleartests (Mai 1974) nach Peking gereist war (Korrespondentenbericht der Times, 27.6.74).

Eine offizielle chinesische Verlautbarung dieses Unterstützungsversprechens, das als eine indirekte chinesische Stellungnahme zum indischen Nuklearversuch gedeutet werden kann, liegt allerdings nicht vor.

(27) Gratulationen zum 5. Jahrestag des Bestehens der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietsnam

Anlässlich des 5. Jahrestages der Revolutionsregierung von Südvietsnam am 6. Juni 1974 sandten die führenden Persönlichkeiten Chinas, der Amtierende Vorsitzende Tung Pi-wu und Ministerpräsident Chou En-lai, ein Glückwunschtelegramm an die Führer der "Republik Südvietsnam". Das chinesische und das vietnamesische Volk seien Kampfgelährten und Brüder in Freud und Leid. Beide gehörten zur gleichen Familie (JMJP, 6.6.74).

Am Abend des 4. Juni bereits gaben die "Gesellschaft für die Freundschaft des Chinesischen Volkes mit dem Ausland" und die "Gesellschaft für Chinesisch-Vietnamesische Freundschaft" einen Empfang zur Feier des 5. Jahrestages. Dabei wurde auch eine zweiwöchige Photoausstellung eröffnet, die die Errungenschaften der Revolutionsregierung in Südvietsnam illustrieren sollte.

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(28) Vom 1. Juli 1974 an gelten neue Besteuerungsverordnungen Pekings für ausländischen Transport

Mitte Juni verkündete das Finanzministerium der VR China die "Verordnung über die Besteuerung von Transporteinnahmen von Schiffen ausländischer Nationalität", die es aufgrund einer Entscheidung des Staatsrates ausgearbeitet hatte. Die Verordnungen sehen vor, daß solche Schiffe ausländischer Nationalität besteuert werden sollen, die Frachten und/oder Passagiere aus einem chinesischen Hafen befördern. Die Hauptbestimmung lautet: "Eine industriell-kommerzielle Einheitssteuer und eine industriell-kommerzielle Einkommenssteuer soll auf der Grundlage der Brutto-Transporteinnahme aus jeder Fahrt eines Schiffes ausländischer Nationalität, das Fracht und/oder Passagiere aus einem chinesischen Hafen befördert, erhoben werden. Diese beiden Steuern sollen zusammen in einem Satz von 3% der Bruttoeinnahmen, von denen 2,5% die industriell-kommerzielle Einheitssteuer und 0,5% die industriell-kommerzielle Einkommenssteuer ausmachen sollen, erhoben werden. Darüber hinaus wird ein örtlicher Zuschlag von 1% der Steuersumme erhoben"(NCNA,25.6.74).

(29) Moskaus Kommentar zur "Drei-Welten-Theorie" Pekings

Zu der neuen Theorie von den "Drei Welten" (Näheres dazu C.a. 1974/5, S.233 ff.) kommentiert TASS: "In Peking werden von Zeit zu Zeit die Losungen und die Taktik des außenpolitischen Kurses gewechselt, wobei die antisowjetische Richtung und die Großmachtziele unverändert beibehalten werden. Der neue Kurs zeichnet sich durch Prinzipienlosigkeit und Abenteuerium aus. Vielsagend ist der Wandel in den Ansichten der gegenwärtigen chinesischen Führer über die gegenwärtige Welt in den letzten Jahren: Am Anfang der sechziger Jahre verzichteten die Maoisten auf das Klassenprinzip bei der Bewertung der Kräfteverteilung in der internationalen Arena und legten die sogenannte "Zwischenzonentheorie" vor. Gegen Ende der Kulturrevolution wurde sie in einer nicht minder unwissenschaftliche Theorie der "beiden Pole" umgewandelt. Unlängst verkündete Peking eine fällige Transformation dieser Theorie. Jetzt besteht also der Erdball aus "Drei Welten". Ursache für diesen Kurswechsel sei die Absicht, die Aufmerksamkeit der Völker vom Kampf gegen den Imperialismus, den Kolonialismus abzulenken und verschiedenartige Kräfte im Kampfe gegen die UdSSR und die sozialistische Gemeinschaft zu konzentrieren. Es gehe um Schaffung einer "breiten antisowjetischen Front". Es sei zwar dauernd vom Kampf gegen die 'beiden Supermächte' die Rede, in Wirklichkeit aber richteten sich die chinesischen Anstrengungen ausschließlich gegen die Sowjetunion: Peking trete z.B. nicht gegen die bestehenden alten und die Schaffung neuer Militärstützpunkte der USA in Asien und im Indik auf. Stattdessen führten die Maoisten eine irrsinnige Verleumdungskampagne, die das Ziel verfolge, die Beziehungen der Sowjetunion mit den Entwicklungsländern der Dritten Welt zu untergraben, um diese Länder von ihren natürlichen Verbündeten - der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft - zu trennen" (TASS, russisch, 5,6,74).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(30) Neues internationales Seerecht

Am 20. Juni begann in Caracas eine Seerechtskonferenz, die bis zum 28. August dauert, an der nicht weniger als rd. 5000 Delegierte aus 149 Ländern der Erde teilnehmen und deren Ausgang daher für die Volksrepublik China von höchstem Interesse ist. Wie Hsinhua (NCNA, 20.6.74) betont, wurde "die Konferenz als Ergebnis der Initiative und der Beharrlichkeit der Länder der Dritten Welt und aufgrund ihres heftigen Kampfes gegen die Obstruktion und Sabotage der beiden Supermächte einberufen. Auf der Konferenz werden die Länder der Dritten Welt einen scharfen Kampf zur Verteidigung ihrer Seerechte gegen die beiden Supermächte führen."

Nicht weniger als 90 Themen stehen auf der Beratungsliste in Caracas. Der rote Faden, der durch sämtliche Besprechungen laufen wird, ist die Antwort auf die immer brennender werdende Frage, ob das jahrhundertealte Konzept von der "Freiheit der Meere" durch ein Konzept der "verpflanzten

Meere" abgelöst werden soll.

im einzelnen können hier nur die wichtigsten Themen herausgegriffen werden:

Da geht es zunächst einmal um die Frage, wie weit die Fischereirechte der Küstenstaaten reichen: 3,12 oder 200 sm?

Dieselbe Frage richtet sich auf die Ausdehnung der "Wirtschaftszonen". Dabei kommt die Forderung nach einer 200 sm-Zone besonders von den südamerikanischen Ländern (Deklaration von Montevideo vom 8. Mai 1970), die von den Chinesen seit dreieinhalb Jahren mit ständigem Beifall bedacht wird.

Eine weitere Frage ist, ob nuklearfreie Zonen auf hoher See etabliert werden sollen und ob es überhaupt zur Errichtung von "Friedenszonen" kommen soll (beispielsweise im Indischen Ozean).

Wer soll ferner die Wasserstraßen kontrollieren, beispielsweise die Straße von Malakka, die Bering-Straße zwischen Alaska und Nordostsibirien, die Straße von Dover, die Straße von Gibraltar, die Straße von Hormuz etc.? Eine Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 12 sm bereits könnte die bisher internationalen Wasserstraßen (z.B. die Straße von Malakka) in nationale Gewässer der Anliegerstaaten verwandeln. Insgesamt plädieren nicht weniger als 56 Entwicklungsländer, unterstützt durch die Volksrepublik China, in Caracas für eine Kontrolle dieser Wasserstraßen, wobei vor allem die großen seeorientierten Nationen, wie z.B. die USA, Japan, Großbritannien und die Sowjetunion, Widerstand leisten. "Dritte Welt" und "Erste Welt", aber auch Länder der "Zweiten Welt" stoßen hier also aufeinander.

Wer soll berechtigt sein, die Schätze in der offenen See, die gleich hinter den "Wirtschaftszonen" beginnen, auszubeuten? Soll hierfür eine internationale Behörde zuständig sein, die Lizenzen vergibt? Nach welchem Schlüssel sollen diese Lizenzgebühren verteilt werden? Wer überwacht und bekämpft die weitere Verschmutzung der Meere? Welches Recht am Meer haben künftig Inlandsstaaten wie die Schweiz, Österreich oder die Tschechoslowakei?

China hat in einem Vorgeplänkel 1973 seine Positionen zu den wichtigsten dieser Fragen bei der zweiten UN-Seerechtskonferenz hervorgehoben (Näheres dazu C.a. 1973/5, Ü 36). (In einem der nächsten Hefte ist diese Problematik auch in einem "Thema" zu behandeln.)

(31) Peking positiv zur NATO-Tagung in Ottawa

Die Tagung des NATO-Rates in Ottawa und die neue Deklaration von Ottawa haben in den Hauptstädten der beiden kommunistischen Großmächte radikal unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während sich Moskau scharf gegen die Frühjahrstagung der 15 NATO-Länder wandte, zitiert Hsinhua (NCNA, 20.6.74) kommentarlos - d.h. zustimmend - folgenden Passus des Kommuniqués: "Die Verbündeten sind sich angesichts der zunehmenden sowjetischen und der militärischen Stärke des Warschauer Paktes und des Risikos erneuter Spannungen in ihrer Entschlossenheit und Fähigkeit einig, sich durch das Atlantische Bündnis zu verteidigen."

Die positive Einstellung gegenüber der NATO wurde zum er-

stenmal anlässlich des Manövers von Reforger IV Anfang 1973 deutlich.

(32) Differenzierte Betrachtung der NATO

Schon seit Anfang 1973 steht fest, daß China dem westlichen Verteidigungsbündnis der NATO eine wichtige Funktion gegenüber der Sowjetunion einräumt.

Am liebsten allerdings wäre es der VR China, wenn sich eine selbständige europäische Verteidigungsgemeinschaft herausbildete. Dies wird deutlich, wenn man beobachtet, wie positiv Hsinhua (NCNA, 15.6.74) zu den Tagungen der "Eurogroup" innerhalb der NATO Stellung nimmt. In diesem affirmativen Sinn ist etwa folgender Passus zu verstehen: "Vor dieser Konferenz hatten die Verteidigungsminister der EUROGROUP der NATO (Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Westdeutschland, Italien, Griechenland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen und die Türkei) am 13. Juni eine Tagung in Brüssel (mit "Konferenz" ist hier die Zusammenkunft der Verteidigungsminister der NATO am 14. Juni gemeint.). In einem nach dieser Tagung herausgegebenen Kommuniqué heißt es, die Verteidigungsminister dieser zehn Länder hätten erneut ihre Entschlossenheit bekräftigt, 'die wichtige Rolle der EUROGROUP bei der Entwicklung der europäischen Verteidigung auf wirksame Weise zu verstärken.'

(33) Multinationale Gesellschaften

In einem ausführlichen Bericht, der mit konkretem Faktenmaterial angereichert ist, prangert die PRu (1974 Nr.24, S. 19 f.) die "Ausplünderung und Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die amerikanischen supranationalen Gesellschaften" an. "Dank den gemeinsamen Anstrengungen der Vertreter der Länder der Dritten Welt wurden jedoch auf der kürzlichen Sondertagung der UNO-Vollversammlung die 'Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung' und das 'Aktionsprogramm' angenommen, die den Kampf der Länder der Dritten Welt gegen die supranationalen Gesellschaften widerspiegeln... Die Länder der Dritten Welt werden bestimmt ihre Einheit weiter verstärken...". (Die beiden Urkunden sind abgedruckt in C.a. 1974/6, S.380 ff.)

(34) Kampf gegen die beiden Supermächte auf der "Weltradiokonferenz"

Bei der vom Internationalen Fernmeldeverband geförderten maritimen Weltradiokonferenz in Genf ging am 8. Juni eine siebenwöchige Tagung zu Ende. Bei dieser Konferenz hatte China zusammen mit anderen Ländern der Dritten Welt geltendgemacht, daß das Spektrum der Radiofrequenzen für den maritimen Funktelegraphendienst äußerst limitiert sei, weshalb die Monopolisierung dieser wenigen Frequenzbänder durch die beiden Supermächte als schreiendes Unrecht betrachtet werden müsse. Der technologische Fortschritt der beiden Supermächte gebe diesen noch lange nicht das Recht, im Funktelegraphendienst andere Interessenten auszuschalten.

Unter diesen Umständen forderten zahlreiche Länder der Dritten Welt nachträglich eine Änderung des bisherigen Fre-

quenzuteilungsplanes und reichten einen neuen Zuteilungsplan ein, der mit 51 : 8 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen wurde. Nach chinesischer Auffassung war dies das "Ergebnis des entschlossenen Kampfes der Länder der Dritten Welt.... gegen die Machenschaften der beiden Supermächte" (NCNA, 8.6.74).

(35) China vom Fußballweltverband abgewiesen

Bei einer Tagung des Fußballweltverbandes (FIFA) in Frankfurt Mitte Juni war die Frage zu entscheiden, ob der nationalchinesische Fußballverband von der FIFA ausgeschlossen und durch die VR China ersetzt werden sollte. Die Mehrheit der FIFA-Mitglieder wollte zwar die VR China aufgenommen wissen; doch ist nach der Satzung eine Dreiviertelmehrheit nötig. Daran scheiterte der Antrag Kuwaits auf Aufnahme der Volksrepublik. Die Reaktion des nationalchinesischen Fußballverbandes: "Es gibt noch Gerechtigkeit. Die FIFA hat sich erneut als supranationaler Verband erwiesen, der seine Regeln und Statuten achtet."

INNENPOLITIK

(36) Feiern zum Internationalen Kindertag

Am 1. Juni feierten 50.000 Pekingener Kinder im Kulturpalast der Werktätigen den Internationalen Kindertag. Im Kino liefen Filme, auch wurden Musterstücke der revolutionären Bühnenkunst und spezielle Kinderfilme gezeigt.

Besonders hervorgehoben wurde die Tatsache, daß eine "Gruppe von taiwanesischen Kindern, die in Peking wohnen, auftrat". Diese Gruppe rief: "Wir sind fest davon überzeugt, daß Taiwan befreit wird. Dann werden auch die Kinder Taiwans glücklich wie wir heute den 1. Juni begehen!" (PRu 1974, Nr.23, S.5).

(37) Erneute Definition des Charakters der Bewegung zur "Kritik an Lin Piao und Konfuzius"

Diese Kampagne "ist ein politischer und ideologischer Kampf im Bereich des Überbaus, der zum Sieg des Marxismus über den Revisionismus und des Proletariats über die Bourgeoisie beitragen wird. In diesem Kampf müssen die ganze Partei und das ganze Volk größte Anstrengungen unternehmen, soll die konterrevolutionäre revisionistische Linie Lin Piao und die Doktrin von Konfuzius und Menzius durchdringend kritisiert und völlig zurückgewiesen werden, und soll der Marxismus in allen Bereichen des Überbaus, einschließlich Philosophie, Geschichte, Erziehungswesen, Literatur, Kunst und Rechtswissenschaft, die Führung übernehmen." Zu diesem Zweck "ist die Verstärkung des theoretischen Aufbaus der Partei und die Verstärkung der Kontingente für die Arbeit in der marxistischen Theorie eine wichtige Aufgabe... Marxistische theoretische Arbeit zu leisten bedeutet, mittels des Standpunkts, des Gesichtspunkts und der Methode des Marxismus den Revisionismus, den Sozialimperialismus sowie die Ideologien der Bourgeoisie und aller anderen reaktionären verfallenden Klassen zu kritisieren; es verlangt, daß wir die Geschichte und die Gegenwart genau studieren, die praktischen Probleme aus den revolutionären Kämpfen kor-

rekt theoretisch erläutern und die Erfahrungen der Klassenkämpfe in Geschichte und Gegenwart wissenschaftlich zusammenfassen" (Hung-ch'i 1974 Nr.6, deutsch, in PRu 1974 Nr.24, S.5 ff.).

(38) Wandzeitungsaffären

a) KRITIKARRUSSELL GEGEN FÜHRENDE MILITÄRISCHE MACHTHABER

Nachdem 1973 im Zuge eines großzügigen Revirements nicht weniger als acht hohe Militärs aus bisher angestammten lokalen Machtpositionen herausgerissen und in ein neues Milieu hineinversetzt, also weitgehend entmachtet, wurden (in Canton kam es zuerst ans Licht, daß die versetzten Militärs an ihren neuen Kommandoplatzen keine führenden Parteifunktionen mehr wahrnehmen sollen), geht nunmehr eine Welle der Kritik gegen führende Militärs in Form von Wandzeitungen (Ta-tzu-pao) über ganz China. Im April und Mai wurde der von Peking nach Shenyang versetzte Li Te-sheng heftig kritisiert (Näheres dazu C.a. 1974/6, Ü 43).

Neuerdings konnte der britische Oppositionsführer Heath, dem eine Reise durch die Provinz Yünnan erlaubt worden war, feststellen, daß die Massenkritik an Militärbefehlshabern auch in dieser südlichsten Provinz umfangreiche Formen angenommen hat. Die Kritik richtet sich dort vor allem gegen Chen Kang, den stellvertretenden Kommandanten der Militärprovinz Yünnan und stellv. Vorsitzenden des Provinzrevolutionskomitees.

Möglicherweise werden sich solche Kritiken in den nächsten Monaten auch gegen weitere "lokale Könige" richten.

b) PEKINGER REVOLUTIONSKOMITEE ANGEGRiffEN: PARALLELEN ZUR KULTURREVOLUTION?

Das Revolutionskomitee der Stadt Peking, das für die kommunale Verwaltung der Hauptstadt zuständig ist, wurde Mitte Juni in aller Öffentlichkeit angegriffen. Gegenüber dem Gebäude, in dem der Revolutionsausschuß und das Parteikomitee der Hauptstadt arbeiten, wurden handgeschriebene gelbe und rosa Wandzeitungen angebracht, auf denen der lokalen Pekingener Führung zwei Vorwürfe gemacht werden:

- Sie habe seit der Kulturrevolution mehrere kämpferische Mitarbeiter entlassen.
- Sie habe seit vier Jahren keine einzige Vollsitzung des Revolutionsausschusses mehr einberufen.

Man erinnert sich daran, daß zu Beginn der Kulturrevolution im Jahre 1966 ebenfalls das Pekingener Stadtreime und speziell der damalige Vorsitzende des Parteiausschusses der Stadt auf Wandzeitungen angegriffen und kurz darauf gestürzt wurde.

Die Plakate waren von sechs Arbeitern unterschrieben, die als ein "Revolutionskomitee der Massenvertreter" auftreten. Es ist jedoch bemerkenswert, daß bei dieser Gelegenheit kein einziger Vertreter des Pekingener Revolutionskomitees beim Namen genannt wurde.

Bezeichnenderweise waren fünf der sechs Wandzeitungsverfasser auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution zwischen 1967 und 1968 selbst Mitglied des Revolutionskomitees der